



25.01.2024

## **Landtag von Sachsen-Anhalt sagt aufgrund Bauernproteste Gedenkstunde zum nationalen Holocaustgedenktag ab**

Der Präsident des Landtages von Sachsen-Anhalt, Dr. Gunnar Schellenberger, hat heute entschieden, die durch den Landtag gemeinsam mit der Landesregierung für Samstag, den 27. Januar 2024, am Sitz des Landtages im Plenarsaal geplante zentrale Gedenkstunde des Landes Sachsen-Anhalt aus Anlass des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus abzusagen. Davon betroffen ist auch die vor der Gedenkstunde am Denkmal für die verfolgten und ermordeten Magdeburger Sinti und Roma am Domplatz in Magdeburg vorgesehene stille Kranzniederlegung. Beide geplanten Veranstaltungen werden zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt nachgeholt werden.

Dazu erklärt Präsident Dr. Schellenberger: „Wegen der für den 27. Januar 2024 – dem deutschlandweiten Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus – durch den Landesbauernverband Sachsen-Anhalt am Domplatz angemeldeten Versammlung mit erwarteten 2.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowie ca. 300 Traktoren wird es nicht möglich sein, weder am Domplatz und im Plenarsaal für ein angemessenes, würdiges Gedenken an die Opfer des Nationalismus durch den Landtag noch für eine ungehinderte An- und Abreise noch jederzeit für eine vollständige Gewährleistung der Sicherheit der an der Veranstaltung Teilnehmenden Sorge zu tragen.“

### Hintergrund:

Der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus wurde am 3. Januar 1996 durch Bundespräsident Prof. Dr. Roman Herzog proklamiert. Er ist ein bundesweiter, gesetzlich verankerter Gedenktag. Er bezieht sich auf den 27. Januar 1945, an dem das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau und die beiden anderen Konzentrationslager in Auschwitz durch die Rote Armee im letzten Jahr des 2. Weltkrieges befreit worden sind. Im Jahre 2005 ist dieser Tag durch die Vereinten Nationen zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus erklärt worden. Seit der Proklamation des Gedenktages verantworten der Landtag und die Landesregierung am 27. Januar gemeinsam die zentrale Veranstaltung des Landes Sachsen-Anhalt, wobei die Verantwortung für die Durchführung jährlich wechselt.